

Berlin, den 28. November 2007

Engagement von Migranten im Kiez steigt

Im Rahmen einer Pressekonferenz haben heute die Staatssekretärin Hella Dunger-Löper und Vertreter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ein Gutachten über das Engagement von Migranten im Quartier vorgestellt. Das Gutachten untersuchte den Grad der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in zwölf Berliner Quartiersmanagementgebieten. Alle diese Gebiete werden seit 1999 durch das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ gefördert.

Bisher war nicht bekannt, ob sich Nichtdeutsche an den etablierten Verfahren des Quartiersmanagements wie z.B. Quartiersbeirat oder Quartiersjury beteiligen. In den jetzt vom Difu untersuchten Gebieten sind bis zu über 40 % der Bewohner nicht deutscher Herkunft.

Staatssekretärin Dunger-Löper: „Wir sind außerordentlich erfreut darüber, dass die Difu-Studie belegt, wie stark Migrantinnen und Migranten in das Quartiersmanagement eingebunden sind. Auch wenn wir wissen, dass der Anteil von Nichtdeutschen in der Quartiersarbeit bestimmt noch erhöht werden kann, belegt diese Studie, dass wir es schaffen die unterschiedlichsten Nationen im Kiez anzusprechen. Migrantinnen und Migranten sind in allen untersuchten Quartiersbeiräten vertreten.“

Das Difu empfiehlt uns die Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund noch stärker dadurch zu aktivieren, indem quartiersbezogene Netzwerke gefördert werden. Die Idee, die Kooperationen mit Moscheevereinen künftig stärker zu fördern, nehmen wir gerne auf. Erste Kooperationen bestehen bereits in Mitte, wir werden diese Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen auf andere Bezirke übertragen.“

Das Difu-Institut verweist in seinem Gutachten auf die besondere Bedeutung der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in den Quartiersmanagementteams. Die Mitarbeit in die QM-Teams gilt als entscheidendes Signal an die nichtdeutsche Wohnbevölkerung der Umgebung. In elf von zwölf QM-Gebieten arbeiten bereits Quartiersmanager mit Migrationshintergrund.

Darüber hinaus schließen die Ergebnisse die Empfehlung ein, auf Senats-, Bezirks- und Quartierebene auch künftig in der Förderung von Bürgerbeteiligung nicht nachzulassen.

Die erfolgreiche Arbeit kann weiter optimiert werden: Die Auslobung von Modellvorhaben, die Förderung der Zusammenarbeit mit Moscheevereinen, den Aufbau von Kooperationen mit Bildungseinrichtungen oder die Weiterentwicklung kleinräumiger und zielgruppenspezifischer Beteiligungsmöglichkeiten. Die Erarbeitung lokaler Integrationskonzepte wurde in diesem Zusammenhang von den Gutachterinnen des Deutschen Instituts für Urbanistik als besonders sinnvoll betrachtet.